

Impulse #40

für eine lebendige Demokratie

Thema: Geschlechterreflektierende Bildungsarbeit

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Vereins!

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat am 1. Juli in Berlin die Eckpunkte für ein neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus ab 2015 vorgestellt. Miteinander e. V. begrüßt das Programm als einen wichtigen Schritt zur Absicherung und Förderung bewährter und neuer Projekte und Strukturen. Insbesondere die fünfjährige Laufzeit sowie die neue Dialogbereitschaft gegenüber der Zivilgesellschaft sind wichtige Signale für die kontinuierliche Unterstützung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Ebenso begrüßenswert ist der angekündigte Aufbau Mobiler Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in allen Bundesländern.

Angesichts der ambitionierten Zielstellungen – insbesondere der geplanten Stabilisierung vorhandener Strukturen und der Themenerweiterung des Bundesprogramms – ist der Förderansatz von 30,5 Millionen Euro jedoch ungenügend. Um eine adäquate Umsetzung der Vorhaben zu gewährleisten und den Herausforderungen des Rechtsextremismus angemessen zu begegnen, braucht es eine deutliche Aufstockung der Mittel auf mindestens 50 Millionen bzw. mittelfristig 70 Millionen Euro. Entsprechend der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag und der aktuellen Koalitionsvereinbarung sollte die Förderung der Arbeit für Demokratie auf Basis eines Bundesgesetzes zudem dauerhaft verstetigt werden.

Gern greifen wir die neue Dialogbereitschaft auf und werden uns in die strukturelle und inhaltliche Ausgestaltung des Bundesprogramms auch weiterhin aktiv einbringen.

Wichtiges Handlungsfeld in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist die Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen – auch im neuen Bundesprogramm. Seit zehn Jahren führt Miteinander e. V. hier modellhaft Projekte durch. So konzipiert unser Modellprojekt RollenWechsel seit 2011 mit der Zielgruppe Projekte, die sowohl die geschlechtsspezifische Sozialisation als auch die Identität(-ssuche) von Jugendlichen kritisch einbeziehen, sich mit rechten und demokratiefeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen auseinandersetzen sowie den Sozialraum der Teilnehmenden berücksichtigen.

Mit dieser Ausgabe möchten wir Ihnen Einblicke in das Arbeitsfeld unseres Modellprojekts liefern. Nach einer Einführung in die geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention durch RollenWechsel stellt Jan Burghardt auf Seite 2 und 3 Theorien zu Gender und Neozismus vor. Ergänzt werden diese Überlegungen durch Einblicke in die Praxis des Forumtheaters, das im Modellprojekt Anwendung findet (S. 4-5). Außerdem stellen wir auf den Seiten 6 und 7 das Positionspapier des Arbeitskreises „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“ zur Arbeit im Themenfeld vor.

Darüber hinaus berichten wir in den „Impulsen“ über die jüngsten Aktivitäten des Vereins und gehen auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus ein. Dabei werfen wir unter anderem einen Blick auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt (S. 12-13) und befragen den Rechtsextremismusexperten und Autor Jan Raabe nach der Bedeutung von Rechtsrock für die rechtsextreme Szene.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr Pascal Begrich und das Miteinander-Team

Seite 2

Geschlechterreflektierende Neozismusprävention Neue Ansätze in der politischen Bildungsarbeit

Seite 4

»Gefühle zeigen« Notizen aus einem Theaterprojekt zum Thema Männlichkeiten

Seite 6

Eine Frage der Haltung Positionspapier des Arbeitskreises „Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“

Seite 8

»Du weißt schon, wie in Rostock« Interview mit Filmemacherin Kathrin Lemcke

Seite 10

Neue Website erinnert an Todesopfer rechter Gewalt Die Kampagne der Mobilen Opferberatung auch vor Ort

Seite 11

Das Interesse ist groß Wanderausstellung über Opfer des NSU wurde auch in Sachsen-Anhalt gezeigt

Seite 12

Zwischen Debakel und Aufbruch NPD und AfD bei den Kommunalwahlen

Seite 14

Rechte Feuerwehrkameraden Wenn Nazis zum Löschen anrücken

Seite 16

Interview mit dem Rechtsrockexperten Jan Raabe zur gestiegenen Bedeutung dieser Events

Seite 18

Kulturpädagogische Ansätze im lokalen Raum Pädagogische Handreichung zur historisch-politischen Arbeit erschienen

Geschlechterreflektierende

Neue Ansätze in der politischen Bildungsarbeit

Das Modellprojekt RollenWechsel

Miteinander e.V. führte im Zeitraum von 2011 bis 2014 das Modellprojekt RollenWechsel durch. Dabei wurden lebensnahe geschlechterreflektierende Konzepte an der Schnittstelle Gender und Rechtsextremismus entwickelt und erprobt. Einblicke in die unterschiedlichen Settings der Arbeit sowie theoretische Überlegungen finden Sie in der Broschüre „RollenWechsel – Geschlechterreflektierende Bildung in der Rechtsextremismusprävention“. (1) Neben praktischen Projektbeispielen liegt der Schwerpunkt dieser Veröffentlichung auf Männlichkeitskonstruktionen im Strafvollzug sowie auf Handlungsempfehlungen im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen.

Der Umgang mit rechten Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist für Pädagog_innen und andere Fachkräfte eine permanente Herausforderung. Nicht nur in Sachsen-Anhalt bieten rechte Szenen mit jugendkulturellen Angeboten die Möglichkeit auf Gemeinschaft und Selbstvergewisserung. Diese Erlebniswelten sind sowohl für männliche als auch für weibliche Jugendliche in ihrer Vielfalt attraktiv. Die Motive für Kinder und Jugendliche, sich diesen Szenen zuzuwenden und darin zu bewegen, sind facettenreich. Geschlechtsspezifische Aspekte bilden dabei eine wichtige Rolle. Eine wirkungsvolle Auseinandersetzung mit rechten Orientierungen in pädagogischen Kontexten sollte daher auch geschlechterreflektierend sein. Kommt doch gerade der geschlechtlichen Sozialisation eine große Bedeutung zu – entweder bei der Herausbildung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen oder aber bei der Akzeptanz von Verschiedenheit und Vielfalt.

Erprobte praktische Konzepte und Herangehensweisen existieren kaum oder sind wenig bekannt. Gender und Rechtsextremismus ist immer noch ein Diskurs innerhalb der Wissenschaft. kl/rm

Geschlechterdekonstruktion und Volksgemeinschaft (2)

Die Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ hat für die extreme Rechte eine besondere Bedeutung. Darin verknüpft sind die Ideologieelemente Sexismus, Homo- und Transphobie (3) sowie Biologismus und Naturalisierung. Eine geschlechterreflektierende Betrachtung des Neonazismus legt besonderen Wert auf dieses Moment. Die „Volksgemeinschaft“, wie sie von der extremen Rechten imaginiert wird, definiert sich über ihre angeblich einer natürlichen Ordnung entsprechenden ethnisch-kulturellen Reinheit und Homogenität. Sie ist als in sich geschlossen und eindeutig konstruiert und „lebt“ von dichotomen „Gegensatzpaaren“.

Das „Innen“ dieser „Volksgemeinschaft“ lässt sich, nicht hinreichend aber notwendig, mit dem Konzept der gesellschaftlich vorherrschenden Heteronormativität beschreiben (vgl. Lehnert). Diese setzt Heterosexualität als Norm, strukturiert die individuelle und gesellschaftliche Realität, die Wahrnehmung, das Handeln und das Denken. Dabei werden zwei klar voneinander trennbare, unveränderbare, als natürlich angenommene und eindeutige Geschlechter als Norm gesetzt, deren Begehren sich auf das jeweils andere Geschlecht richtet. Andere Lebensweisen als die heterosexuelle werden dadurch zugleich als anormal, falsch und unnatürlich markiert. All das geht mit einer klaren hierarchischen Anordnung der angenommenen Geschlechter einher, an deren Spitze die (männlichen) heterosexuellen Identitäten stehen.

Im Zuge der Erhaltung der „Volksgemeinschaft“ werden den „richtigen“ Männern und Frauen eindeutige Rollen und Funktionen zugewiesen, welche sich wiederum aus der „natürlichen Aufgabenverteilung“ der Fortpflanzung und „Arterhaltung“ ergeben. Es findet also weder eine Unterscheidung von biologischem und sozialem Geschlecht statt, noch wird Geschlecht als soziale Praxis gedacht (vgl. Lehnert). Dieses Verständnis von Geschlecht, wie es sich in der extremen Rechten, aber auch teilweise in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion darstellt, ignoriert dabei konsequent wissenschaftliche Erkenntnisse zum Themenfeld gender, queer und Dekonstruktion.

Rechtsextremismusprävention

Gender (soziales Geschlecht) als Begriff soll helfen, die soziale Konstruktion von Geschlechterunterschieden aufzuzeigen und zu analysieren. Er „bezeichnet zum einen die soziale Geschlechterrolle (gender role), zum anderen die sozialen Geschlechtsmerkmale. Er bezeichnet alles, was in einer Kultur als typisch für ein bestimmtes Geschlecht angesehen wird (Gestik, Mimik, Kleidung, u.v.m.)“ Gender ist also eine soziale Kategorie. Darüber hinaus ist sie aber auch eine historische Kategorie, welche „impliziert, da[ss] Weiblichkeit und Männlichkeit das Ergebnis kultureller und also zeitgebundener Konstruktionen sind“ (Wende 2002, S. 357).

Gender als kulturell verhandeltes Deutungsmuster wurde in Abgrenzung zum Begriff „sex“ (biologisches Geschlecht) eingeführt. Neuere Konzepte gehen davon aus, dass das biologische Geschlecht (sex) und das damit verbundene Wissen ebenso historisch und kulturell variabel sind wie die Geschlechterrollen (gender), da das „was zu einem bestimmten Zeitpunkt als naturhaft gilt, immer bereits im Kulturraum einer bestimmten Gesellschaft definiert ist“ (ebd.). Geschlecht ist keine Eigenschaft, sondern ein Element, das durch die Individuen in sozialen Situationen entsteht (doing gender). Hierarchisierung und Diskriminierung werden demnach erst durch den Vorgang des Unterscheidens ermöglicht.

Judith Butlers Konzept der Performativität beschreibt hierbei die Herstellung des Geschlechts als Set wiederholter Akte, als ein Handeln, das die angenommene substantielle Identität erst her- und feststellt. Die Performativität des Geschlechts ermöglicht daher auch ein undoing gender, „eine Praxis, die Zuschreibung stereotyper Geschlechterrollen zu erkennen, zu problematisieren und schließlich zu dekonstruieren“ (Czollek/Perko/Weinbach 2009, S.24).

undoing gender durch Genderperformance

Als Vorschlag, dies zu ermöglichen, ist das Spielen (Theaterspielen, Rollenspiele, Körperreisen, ...) zu sehen, welches durch Freiheit der Fantasie und Bindung an reale Erlebensweisen und

Handlungen, sowie ein Ausprobieren und Erweitern der eigenen Handlungspotenziale charakterisiert ist. Diese sollten im Rückgriff auf das spezifische und individuelle Erfahrungswissen der Klient_innen und Pädagog_innen konzipiert werden. Reale Partizipationsmöglichkeiten, in denen wir ausprobieren und umsetzen können, was wir wie gestalten wollen, stellen einen Ausweg aus stereotypen Bildern, welche zu Einengungen der Handlungsoptionen führen, dar. Darüber hinaus stellt die Arbeit mit dem Körper eine Möglichkeit dar, für den (eigenen) Körper zu sensibilisieren und ihn wahrzunehmen und die damit verbundenen Grenzen (historisch, sozial, kulturell und politisch hergestellt) zu erfahren.

Eine konkrete Möglichkeit des Spielens und des undoing gender ist zum Beispiel die Genderperformance (z.B. Maskerade, Cross-Dressing, Travestie, etc.) Die damit verbundene Genderdekonstruktion folgt dem Konzept, welches bedeutet, dass Geschlecht variabel, veränderbar und nicht natürlich geformt ist und ermöglicht so Genderstereotype umzuwandeln, umzugestalten, ihre Grenzen aufzuweichen oder gar aufzuheben und Vielfältigkeit wahrnehmbar und lebbar zu machen.

Die Naturalisierung von konstruierten Kategorien zu dekonstruieren und in diesem Sinne vielfältigen Lebensweisen und Möglichkeiten innerhalb und zwischen Individuen Raum zu geben, kann an sich schon einen präventiven Ansatz gegen Neonazismus darstellen, da dies dem vereindeutigenden und naturalisierten Konzept der „Volksgemeinschaft“ entgegensteht.

Durch die Anerkennung von Differenzen und Ungleichheiten, unter der Prämisse der politischen Gleichheit, können des Weiteren abwertende Einstellungen und Verhaltensweisen wie Sexismus und Homo-/Transphobie entkräftet und/oder verhindert werden. Jan Burghardt

Literatur:
Leah Czollek/Gudrun Perko/Heike Weinbach: Lehrbuch Gender und queer. Grundlagen, Methoden und Praxisfelder. Weinheim und München 2009.

Esther Lehnert: Warum die Kategorie Gender wesentlicher Bestandteil von Rechtsextremismus-Prävention sein sollte. In: AGJF Sachsen e. V./Miteinander e. V. (Hrsg.): Rosa, Blau, Braun. Broschüre zum Fachtag zu geschlechterreflektierender Präventionsarbeit gegen Neonazismus, 15. Oktober 2012, Leipzig.

Waltraud Wende: Sex/Gender. In: Renate Kroll (Hrsg.): Metzler Lexikon Gender Studies Geschlechterforschung. Ansätze – Personen – Grundbegriffe. Stuttgart, Weimar 2002.

Zum Autor:
Jan Burghardt, M.A. Erziehungswissenschaften/ Psychologie/ Philosophie, verfasste seine Magisterarbeit zum Thema „Queergerechte Pädagogik“ und ist freiberuflich in der politischen Bildung u.a. für die Vereine Miteinander e. V. und Bildungswerk BLITZ e. V. tätig. Seine Themenschwerpunkte umfassen Queer und Gender Studies, sowie Neonazismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Kontakt:
burghardt.paedagogik@gmail.com

»Gefühle zeigen«⁽¹⁾

Notizen aus einem Theaterprojekt zum Thema Männlichkeiten⁽²⁾

(1) Der vorliegende Artikel schildert Eindrücke aus der praktischen Arbeit des Modellprojektes Rollenwechsel. Grundgedanke des Modellprojektes war es, mit einem geschlechterreflektierenden Ansatz pädagogische Neonazismusprävention zu betreiben. Ergebnisse der Arbeit sind in der Broschüre „Rollenwechsel – Geschlechterreflektierende Bildung in der Rechts- extremismusprävention“ zusammengefasst. Die Broschüre ist erhältlich in der Geschäftsstelle von Miteinander e. V. in Magdeburg. Zum Modellprojekt Rollenwechsel vgl. auch den Artikel von Jan Burghardt in dieser Ausgabe.

(2) Künstlerische Leitung: Katrin Wolf/Till Baumann, Projektleitung Miteinander e. V.: Ricarda Milke, Musik und Technik: Jonathan Falk, in Kooperation mit Markus Herold/Kath. Gefängnisseelsorge in der JA Raßnitz.

(3) Augusto Boal: Übungen und Spiele für Schauspieler und Nicht-Schauspieler, herausgegeben und übersetzt von Till Baumann, Berlin 2013, S. 18.

(4) Im Interview mit Jonathan Falk am 12. Dezember 2013.

(5) Ebd.

Das Material stammt aus dem realen Leben

Die Sätze über den richtigen Mann und die Orte, an denen sie zu hören sind, sind Vorlagen für konkrete szenische Ideen, die zunächst als Standbilder, dann als Spielszenen entwickelt werden. Dabei ist der Ideenfindungs-, Stückentwicklungs- und Inszenierungsprozess kollektiv: Die Schauspieler, allesamt für einige Monate oder Jahre in der Jugendanstalt Raßnitz inhaftiert, bringen ihre eigenen Erfahrungen ein – Erfahrungen darüber, wie es ist, mit Bildern von Männlichkeit konfrontiert zu werden, denen

sie vielleicht nicht gerecht werden können oder wollen, in der Jugendanstalt oder anderswo. Das Material für die gemeinsame Theaterinszenierung stammt aus dem realen Leben.

Gemeinsam entscheiden die Schauspieler darüber, welche Richtung das Stück nehmen soll. Von Anfang an nimmt dabei in den Bildern und Szenen das Thema „Gefühle zeigen“ eine besondere Rolle ein: Wie ist es, als Mann Gefühle zu zeigen und damit auf Unverständnis zu stoßen? Zum Beispiel: Traurigkeit zu empfinden und sie auch zeigen zu wollen, aber konfrontiert zu werden mit der Erwartung, ein Mann müsse hart sein, dürfe keine Gefühle zeigen? „Ein richtiger Mann kennt keinen Schmerz“?

Paul erhält eine schlechte Nachricht: Seine Großmutter ist verstorben. Sie war ein wichtiger Mensch für ihn, eine der wenigen engen Bezugspersonen. Paul ist zutiefst traurig. Was jetzt? Wie kann Paul umgehen mit seiner Traurigkeit? Wie reagiert sein Umfeld darauf? Zwei szenische Varianten der Geschichte werden erspielt und geprobt, eine „Dinnen“-Version und eine „Draußen“-Version. Bühnenhintergrund ist jeweils ein Foto, das an die Wand projiziert wird: einer der Höfe der Jugendanstalt bzw. ein Park außerhalb der Gefängnismauern.

Gefühle zeigen – drinnen und draußen

„Dinnen“: Es ist Freistunde, Paul sitzt auf einer Bank in einem der Höfe der Jugendanstalt, in der Hand den Brief, den er gerade erhalten hat. Neben ihm ein Mitgefangener, der versucht, ihm ein wenig Mut zuzusprechen. Andere junge Männer betreten den Hof, sehen Paul und beginnen, sich über ihn und über sein trauriges Gesicht lustig zu machen. Lautstark fordern sie ihn auf, sich gefälligst wie ein richtiger Mann zu verhalten. Paul möchte widersprechen, kann sich aber nicht durchsetzen. Schließlich reißen sie ihm den Brief aus der Hand und beginnen, laut daraus vorzulesen. Paul ist verzweifelt, und auch seinem Kumpel gelingt es nicht, die anderen zum Aufhören zu bewegen.

„Draußen“: Paul sitzt auf einer Parkbank, die

traurige Nachricht hat ihn gerade erreicht. Neben ihm sein Kumpel Max, der eigentlich mit anderen zum Partymachen verabredet ist. Diese kommen dann auch just in dem Moment vorbei, in dem er eigentlich in Ruhe mit Paul sprechen möchte, und machen sich über Paul lustig. Sie fordern Max auf, sich ihnen anzuschließen, um in den Club zu gehen. Er zögert zunächst, möchte eigentlich bei Paul bleiben, doch lässt sich dann doch überzeugen. Einer aus der Gruppe drückt Paul ein Drogenpäckchen in die Hand und sagt ihm, er solle nachkommen, wenn er in Partystimmung gekommen sei ...

Beide Szenen werden aufgeführt, um im Anschluss mit Unterstützung des Publikums verändert zu werden. Dort sitzen Gefangene und Nichtgefangene, Jugendliche und Erwachsene, Sozialarbeiter_innen und Theaterkolleg_innen, Jugendrichter_innen und Justizvollzugsangestellte. Alle Anwesenden haben die Szenen gesehen und sind nun aufgefordert, sich damit auseinanderzusetzen, was passiert ist bzw. wie die Handlung alternativ enden könnte. Was kann Paul tun? Wie kann ihn sein Kumpel darin unterstützen? Es beginnt eine lebhaftige Diskussion. Ideen zur Veränderung werden beim Forumtheater unmittelbar in die Tat umgesetzt: Gefangene und Gäste von „draußen“, aber auch Vollzugsbeamte und Jugendrichter_innen kommen auf die Bühne und spielen ihre Version der Ereignisse. Während des Forums schlagen sie Handlungsoptionen für Paul und seinen Kumpel vor und können erproben, wie diese wirken.

Forumtheater als Reflexionsraum

Forumtheater ist Teil des Theaters der Unterdrückten, das vom brasilianischen Theatermacher Augusto Boal begründet wurde und mit dessen Methoden wir bereits seit inzwischen zehn Jahren regelmäßig in der Jugendanstalt Raßnitz arbeiten. In Boals Worten kann sein Theater im Gefängnis „Freiräume“ schaffen, „in denen Menschen ihre Erinnerungen und Gefühle, ihre Vorstellungskraft, ihre Gedanken über die Vergangenheit und die Gegenwart befreien und in denen sie ihre Zukunft erfinden können, anstatt

auf sie zu warten“.⁽³⁾ Ein solcher Freiraum kann zum Reflexionsraum werden, in dem Fragen aufgeworfen und Antworten erspielt werden – in diesem Fall zum Thema Geschlechterrollen und Konstruktionen von Männlichkeit. Und ein solcher Freiraum kann zum Experimentierraum werden, in dem Szenarien durchgespielt und Handlungen geprobt werden können, die Impulse für das reale Leben geben können – in diesem Fall zu der Frage, wie ein Mann seine Traurigkeit zeigen kann und damit nicht alleine bleiben muss.

Zum Abschluss des Projekts hat Jonathan Falk mit den Schauspielern Gespräche über das entwickelte Stück und das Thema Männlichkeiten geführt. Stellvertretend seien hier zwei Stimmen zitiert:

„Gefallen hat mir, mal über das Thema Männlichkeit zu sprechen ... und auch herauszufinden, ob man Gefühle zeigen darf, so als Mann. Man bekommt ja draußen schon mit, als Mann oder Heranwachsender, hart zu sein – und gerade auch hier im Knast ist es ja so: Man muss schon ziemlich hart sein. Man kann hier ja echt keine Gefühle zeigen, und wenn man so ein Projekt macht, ist es interessant mitzubekommen, wie es eigentlich ist, mal Gefühle zu zeigen. (...) Ich nehme für mich persönlich mit, dass es mir auf jeden Fall mehr bedeutet, auch mal selbst Gefühle zu zeigen – über meinen Schatten zu springen, nicht alles in mich hineinzufressen, sondern mich auch einfach mal zu öffnen und nicht immer so einen auf hart zu machen und alles zu verdrängen, sondern auch mal zu denken: Was ist mir wichtig?“⁽⁴⁾

„Es ging in unserem Theaterprojekt um Situationen im Gefängnis und draußen: Ob man Gefühle zeigen darf als Mann, wie man sich darstellt (...) Das hat viele Emotionen erweckt und ich habe viel mitgenommen: dass man auf jeden Fall vor Freunden oder auch allgemein seine Gefühle zeigen kann, und dass man, wenn man traurig ist, auch weinen kann, auch vor anderen Menschen. Man muss sich dafür nicht schämen, es sind Gefühle und das ist menschlich. Weinen ist auf jeden Fall menschlich, ja.“⁽⁵⁾

Till Baumann



Eine Frage der Haltung

Positionspapier des Arbeitskreises

„Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention“

Im Arbeitskreis der Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“ der Amadeu Antonio Stiftung arbeiten bundesweit verschiedene Einrichtungen und Personen aus Wissenschaft und Praxis zusammen. Eines ihrer Ziele ist der gemeinsamen Fachaustausch zu geschlechterreflektierenden Ansätzen in der Rechtsextremismusprävention. Auch unser Modellprojekt Rollenwechsel engagiert sich in diesem Arbeitskreis. Auf Grundlage der gemeinsamen Diskussionen entstand in diesem Jahr ein Positionspapier, das demnächst in unserer Broschüre „Rollenwechsel – Geschlechterreflektierende Bildung in der Rechtsextremismusprävention“ veröffentlicht wird. Im Folgenden präsentieren wir Auszüge aus dem Papier:

Innerhalb rechtsextremer Lebenswelten spielt die Kategorie Geschlecht eine signifikante Rolle. Den Bildern vom „deutschen Mann“ und der „deutschen Mutter“ kommt eine ordnende und orientierende Funktion im Konstrukt der „deutschen Volksgemeinschaft“ zu. Ohne die starre, biologistische Geschlechterkonstruktion würde der Rechtsextremismus nicht ohne Weiteres funktionieren. Eine pädagogische Arbeit, die sich zum Ziel setzt, gegen Rechtsextremismus zu stärken, muss diese Zusammenhänge berücksichtigen und entsprechende Antworten entwickeln. Geschlechterreflexion verstehen wir als Querschnittsaufgabe, die es im Kontext von Rechtsextremismus zu differenzieren gilt. Präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus sollte sich an verschiedenste Zielgruppen richten, unabhängig von Alter, Bildungsabschluss, sozioökonomischer Ausstattung etc. Wir haben es mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun, das nicht allein durch Bildungsangebote und Soziale Arbeit beantwortet werden kann. Prävention ist ein grundlegendes Ziel (sozial-)pädagogischen Handelns in den verschiedenen Bereichen, die nach SGB IIX gefördert werden, und sollte dementsprechend selbstverständlicher Bestandteil des Handelns, z. B. in den Hilfen zur Erziehung, sein. Unabdingbar ist eine mehrperspektivische Arbeit, die unter anderem Verantwortliche aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft einbezieht und auf eine starke demo-

kratische Alltagskultur, deren Förderung und Unterstützung, beispielsweise von Jugendkulturen, in denen es um vielfältige Lebensentwürfe, Diskurskompetenz, kritisches Bewusstsein geht, abzielt.

Fachliche Standards in der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusprävention

Grundsätzliche Bedingungen

In der pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus unterscheiden wir zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention. Primäre Ansätze zielen darauf ab, Teilnehmende in Richtung demokratischer Orientierungen zu stärken, hier wird häufig mit Konzepten der Demokratiepädagogik und mit Diversityansätzen gearbeitet. Sekundäre Prävention richtet sich an Teilnehmende, die sich in rechtsextreme Lebenswelten und die damit einhergehende Ideologie hinein orientieren; häufig wird hier mit dem Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit oder der Konfrontationspädagogik gearbeitet. Tertiäre Prävention richtet sich an diejenigen, die bereits Teil rechter Szenen waren/sind und entsprechende Positionen vertreten, Ansätze werden unter anderem in Einrichtungen des Strafvollzuges angewendet. Bevor wir uns im Folgenden auf den Bereich der geschlechterreflektierenden Präventionsarbeit konzentrieren, geht es uns zunächst um allgemeine Voraussetzungen, die gegeben sein sollten, um die verschiedenen Präventionsansätze gelingend zu gestalten:

1. Arbeitsbedingungen in der Praxis sollten eine langfristige Tätigkeit der Fachkräfte ermöglichen. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Dekaden zeigen in Übereinstimmung mit Ergebnissen der Evaluationsforschung, dass singuläre, kurzzeitpädagogische Angebote weniger geeignet sind, nachhaltige Veränderungen auf der Ebene von Einstellungen und Haltung der Adressat_innen zu ermöglichen.

2. Die Projektförderung aus Bundes- und Landesmitteln aber auch aus anderen Bereichen hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Projektansätzen ermöglicht, die sich als innovativ und wirksam erwiesen haben. Ergebnisse dieser Modellprojektförderung zeigen deren Wirksamkeit, sie sollten erhalten bleiben, um z. B. Innovation zu erhalten, zu ermöglichen. Ist dies nicht der Fall, gehen diese Erfahrungen verloren. Grundsätzlich haben wir es hier mit einem Problem der Bundesförderung zu tun, das auf anderer Ebene dringend geklärt werden muss: Die Förderbedingung, jeweils modellhafte, völlig neue Projektansätze zur Beantragung zu bringen, widerspricht den Bedarfen und Bedingungen in der Praxis. Eine langfristige Förderung wirksamer Ansätze, die prozesshaft, bedarfsgerecht modifiziert und qualifiziert werden können, ist – neben einer Modellprojektförderung – weitaus vielversprechender.

3. Regelstrukturen der Jugendarbeit müssen so ausgestattet sein, dass Standards bzw. Kriterien sozialpädagogischen Handelns umsetzbar sind. Die Diskussion zu den folgenden – hier zusammenfassend benannten – Punkten ist nicht neu, sie wurde bereits Ende der 1990er Jahre im Fachdiskurs geführt, nicht zuletzt unter der Fragestellung, was aus den Problemen in der Anwendung des Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit in Regionen gelernt werden kann, in denen rechtsextreme Gruppierungen nicht marginalisiert sind, sondern eine dominante Position in Gemeinwesen einnehmen, die als homogen und monokulturell beschrieben werden können (vgl. u.a. Scherr, Radvan 2010, Lehnert/Klose 2006). Neben der dezidierten Kritik an entsprechenden Jugendarbeitspraxen liegen bereits seit mehreren Jahren wirksame Ansätze in der aufsuchenden Arbeit mit rechtsextrem Orientierten vor, die auch geschlechterreflektierend gedacht werden und den grundsätzlichen Anforderungen dieser Arbeit entsprechen (vgl. Vaja e. V. 2007, einsehbar unter www.vaja-bremen.de). Es ist unabdingbar, diese Erfahrungen zu multiplizieren und die Gelingensbedingungen von Jugendarbeit im Kontext von Rechtsextremismusprävention in der Praxis zu diskutieren. Leider stellt

sich die aktuelle Situation im Bereich der Regelförderung aufgrund des Sparzwangs von Kommunen und Ländern der vergangenen Jahre als äußerst schwierig dar. In diesem Zusammenhang treten Probleme auf, die eine gelingende Praxis erschweren:

Das betrifft zuallererst den Personalschlüssel. So lässt sich für den Bereich der offenen Jugendarbeit zeigen, dass es schwierig ist, sozialpädagogische Mindeststandards zu gewährleisten, wenn eine Fachkraft allein für eine Vielzahl von Jugendgruppen oder Einrichtungen zuständig ist. Unter diesen Bedingungen sind Kernelemente von Jugendarbeit wie z. B. Beziehungsarbeit sowie Ansätze von Prävention nicht umsetzbar. Darüber hinaus sollten pädagogische Fachkräfte grundsätzlich über eine entsprechende Qualifikation/Ausbildung verfügen und die Möglichkeit haben, regelmäßig an Fort- und Weiterbildung und Supervision teilzunehmen. Eine fachliche und sozialräumliche Vernetzung sollte ebenso zum Standard der Praxis gehören.

Gelingensbedingungen

Hinsichtlich der fachlichen Standards in diesem Bereich muss zuallererst hervorgehoben werden, dass eine sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextremen Kadern bzw. Aktivist_innen und Organisierten in Gruppenkonstellationen nicht möglich ist. In der Praxis ist es notwendig zu unterscheiden zwischen sogenannten Mitläufer_innen, die sich in rechte Szenen hinein orientieren und pädagogisch noch erreichbar sind und Kadern bzw. Aktivist_innen. In der Gruppenarbeit mit Letzteren besteht die Gefahr, dass Pädagog_innen deren ideologischen Einfluss auf die Gruppe unterschätzen, nicht kontrollieren und kaum beeinflussen können. Menschen mit einem weitgehend geschlossenen Weltbild und entsprechenden Überzeugungen, sind für alternative Angebote von Pädagog_innen in Gruppenkontexten kaum erreichbar. Die Grenzen dieser Arbeit müssen unbedingt beachtet werden.

Das ausführliche Positionspapier finden sie unter: <http://gender-und-rechtsextremismus.de/zum-thema/forschung/positionspapiere/>

Du weißt schon, wie in Rostock

Interview mit Filmemacherin Kathrin Lemcke über den Film – Ein Beitrag gegen das Vergessen rechter und rassistischer

Seit Ende Mai kann man den Film „Du weißt schon, wie in Rostock“ – Ein Beitrag gegen das Vergessen rechter und rassistischer Gewalt im Sachsen-Anhalt der 1990er Jahre“ im Internet unter <http://vimeo.com/miteinanderev/duweisstschon> kostenlos und jederzeit anschauen. Er erzählt von einem bis dato kaum beachteten Aspekt sachsen-anhaltinischer Regionalgeschichte. Das Projekt wurde von Miteinander e. V. und der Filmemacherin Kathrin Lemcke realisiert. Im Interview mit Impulse spricht die Regisseurin über den Film und die Motivation, ihn zu drehen.

Kannst du kurz beschreiben, worum es in dem Film geht?

„Du weißt schon, wie in Rostock“ ist ein Film über rechte und rassistische Gewalt in Sachsen-Anhalt der 1990er Jahre – wie auch schon der Untertitel besagt. Vier Leute, die damals betroffen waren, sprechen über ihre Erfahrungen. Es sind sehr persönliche Geschichten.

Der Film beginnt mit der Nacht der „Deutschen Wiedervereinigung“ – ein symbolisch sehr aufgeladenes Datum. In dieser Nacht geschieht ein sehr brutaler Überfall in Zerbst. Wir haben einen jungen Mann interviewt, der damals als Jugendlicher in der alternativen Szene unterwegs war. Er beschreibt wie er und seine Freunde in dieser Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 in ihrem „besetzten Haus“ von über 300 Faschos, Skinheads und ganz normalen Jugendlichen angegriffen werden. Während überall die „wiedervereinigte“ Nation gefeiert wird, greifen in Zerbst Nationalist_innen junge Punks an. Statt den Angriff zu verhindern, hat die Polizei in der Zeitung Tage vorher angekündigt, dass sie nicht in der Lage sein wird, einzugreifen. Damit war für die Öffentlichkeit klar, dass kommen kann, wer will, um da mitzumachen. Das ist ein Beispiel dafür, wie massiv das Problem rechter Gewalt damals war. So einfach war es, sich zum Mob zusammenzutun, ohne dass jemand etwas dagegen tat. Nicht nur, dass die Polizei nicht funktioniert beziehungsweise sich interessiert, sie gibt ihre Ohnmacht auch noch vorher bekannt!

Die Erzählung des Films beginnt also in dieser Nacht und schreitet von dort voran durch die 1990er Jahre und betrachtet vor allem Alltagsrassismus, aber auch Angriffe wie z. B. einen Brandanschlag in einem Wohnhaus in Magdeburg. Schließlich endet die Erzählung 1998. Der ehemalige DDR-Vertragsarbeiter Xavier erzählt, wie er damals bei einem Angriff von 13 Leuten ein Auge verliert und was dies in der Folge für ihn bedeutete.

Wir von Miteinander e. V. hatten ja die Idee, einen Film zu drehen, um damit einen kritischen Beitrag zum Diskurs um Ereignisse wie zum Beispiel 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen zu leisten. Zu den Jahrestagen gab es relativ viel Aufmerksamkeit. Wir wollten allerdings weg von der Fokussierung auf einzelne Ereignisse und hin zur Rezeption der flächendeckenden Verbreitung und Alltäglichkeit von rechter und rassistischer Gewalt. Was war deine Motivation, an dem Projekt mitzuarbeiten?

Ich wurde angefragt, das zu machen, und da ich schon viel mit Miteinander e. V. gearbeitet habe, gab es schon eine gute Basis zur Zusammenarbeit. Es war zwar so gesehen eine Auftragsarbeit, aber eine, hinter der ich inhaltlich voll und ganz stehe. Gerade in Zeiten des europaweit erstarrenden Rechtskonservatismus und der immer stärker werdenden rassistisch motivierten Gesetzgebungen und Handhabungen gegen Flüchtlinge sowie der erstarkenden rassistischen Stimmung in der Bevölkerung – siehe z.B. die aktuelle Ausgabe der „Mitte“-Studie (1) – sind antirassistische Stellungnahmen extrem wichtig.

Warum ist es wichtig, einen Film zu machen über Ereignisse, die zum Teil über 20 Jahre zurückliegen?

Der Umgang mit der Vergangenheit ist bezeichnend dafür, was in der Gegenwart passiert. Also, was erinnert wird, wie erinnert wird und warum daran erinnert wird. Am Beispiel der 1990er Jahre in Sachsen-Anhalt oder Ostdeutschland oder auch ganz Deutschland ist es halt sehr interessant, dass es ein großes Gedenken aufgrund des 20. Jahrestags des Pogroms in Rostock Lichtenhagen gab, dass aber dieses Pogrom erstens

„Du weißt schon, wie in Rostock“ Gewalt im Sachsen-Anhalt der 1990er Jahre

nicht als solches benannt und zweitens als singuläres Ereignis dargestellt wurde. Der Kontext stand nicht im Fokus. Die flächendeckende Verbreitung rechter Gewalt wurde nicht zum Thema. Wir haben deshalb ein Element im Film, eine Karte, die anhand von Punkten darstellt, wo in Sachsen Anhalt Anschläge stattfanden. Ich war erschüttert davon, wie viele Angriffe es gab und wie viele Täter daran beteiligt waren. Ich bin wütender geworden, weil mir die Recherche noch einmal die Augen weiter darüber geöffnet hat, wie weit Rassismus verbreitet ist und welche Tradition er hat.

Eignet sich der Film für die Bildungsarbeit?

Ja, auf jeden Fall. Der Film ist ja auch im Internet frei verfügbar und kann dort angeschaut und weiterverbreitet werden. Vorführungen in Schulen sollten aber auf jeden Fall begleitet werden. Der Film braucht Kontextualisierungen zu den damaligen gesellschaftspolitischen Verhältnissen.

War es schwierig, Menschen zu finden, die damals Erfahrungen mit rechter Gewalt gemacht haben und darüber vor einer Kamera berichten?

Da bin ich sehr dankbar, dass die Leute bei Miteinander e. V. die Kontakte hergestellt haben. Dadurch, dass es dort schon Bekanntschaften gab, war auch eine gewisse Vertrauensbasis da. Zum Teil hatten unsere Protagonist_innen vorher auch schon schlechte Erfahrungen mit Medienvertreter_innen gemacht, die reißerische Artikel produzierten. Auch deshalb haben wir schon im Vorfeld viel miteinander gesprochen.

Was man auch sagen muss, ist, dass wir im Film nur einen kleinen Teil aus dem Leben dieser Menschen zeigen. Wir haben sehr lange und interessante Interviews geführt, die sich um andere Dinge drehten als nur um rechte Gewalt. Ich war sehr beeindruckt von den vier, weil sie sich trotz schlechter Erlebnisse nicht haben unterkriegen lassen.

Warum werden keine Originalaufnahmen aus der Zeit verwendet, sondern nur aktuelle Bilder?

Ich wollte die Form des Films reduziert halten. Es war mir wichtig, dass die Personen selbst die Geschichten erzählen und dass diese Erzählungen im Vordergrund stehen. Archivmaterial hat immer jemand anders aufgenommen. Es ist zwar ein „objektiver“ Blick, aber dieser Blick ist nicht identisch mit dem Subjekt der Erzählung. In diesem Fall hieße das, dass die Bilder mit 99%-iger Wahrscheinlichkeit von Leuten gemacht wurden, die aus der „Mehrheitsgesellschaft“ stammen und nicht aus einer marginalisierten Gruppe. Es wären nicht die Bilder derjenigen, die im Film erzählen. Unsere Bilder sind das zwar auch nicht, aber gerade deshalb haben wir die Erzählung in den Vordergrund und die Bildebene in den Hintergrund gerückt.

Ein anderer Grund ist, dass die Bildebene der Gegenwart in den Film sollte. Es ging mir darum, wie sich die Orte verändert haben und darum, was heute noch von der Vergangenheit sichtbar ist.

Was bedeutet das Zitat im Titel „Du weißt schon, wie in Rostock“?

Das ist ein Zitat von Xavier, einem der 4 Protagonist_innen. Es geht ihm darum, die allgemeine Situation in Sachsen-Anhalt zu erklären. Er hat über Angriffe und rassistische Stimmung geredet und dann auf das Pogrom in Rostock verwiesen, um zu illustrieren, was er meint. Das passt sehr gut zu unserer Idee, Rostock als Ausgangspunkt der Betrachtung zu nehmen und von dort auf die Lage in Sachsen Anhalt zu schauen. Das Zitat war so stark. Auch wenn es nicht im Film auftaucht, wollten wir es als Titel verwenden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Du weißt schon,
wie in Rostock ...

Neue Website erinnert an Todesopfer rechter Gewalt

Die Kampagne der Mobilen Opferberatung auch vor Ort

Auf www.rechte-gewalt-sachsen-anhalt.de dokumentiert die Mobile Opferberatung im Rahmen der Kampagne „Wir erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt“ die Schicksale von 13 Menschen, die seit 1990 in Sachsen-Anhalt aus rassistischen und rechten Motiven getötet wurden.

Neben diesen Erinnerungen bietet die Website aktuelle Informationen zu Gedenkveranstaltungen und Erinnerungsangeboten vor Ort, zum Beispiel in einem Interview mit Razak Minhel, dem Geschäftsführer des Multikulturellen Zentrums Dessau. Oder auch mit einem Gespräch mit Landeskirchenpräsident Joachim Liebig, der sich zu den zahlreichen Aktivitäten anlässlich des „Tags der Erinnerung“ in Dessau am 11. Juni 2014 äußert. Dabei wurde sowohl an Alberto Adriano erinnert, der vor 14 Jahren von drei neonazistischen Skinheads im Stadtpark von Dessau ermordet wurde, als auch an den psychisch Kranken Hans-Joachim Srebzensky, der am 1. August 2008 von zwei Neonazis auf einer Parkbank vor dem Dessauer Hauptbahnhof tödlich angegriffen wurde.

Gedenken in Dessau und Halberstadt

Im Rahmen der Kampagne „Wir erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt“ hatte zuvor schon anlässlich des 14. Todestags von Helmut Sackers erstmals eine öffentliche Gedenkveranstaltung in Halberstadt stattgefunden. Helmut Sackers hatte am 29. April 2000 die Polizei verständigt, weil sein Nachbar lautstark das Horst-Wessel-Lied abgespielt hatte. Zwei Stunden später verblutete der 60-Jährige an vier Messerstichen, die ihm der ehemalige Naziskinhead im Treppenhause zugefügt hatte. „Dass Zivilcourage Gesundheit, ja, sogar das Leben kosten kann, ist eine schmerzhaft Wunde in unserer Gesellschaft. Um so wichtiger ist es, dass das Leben und das Schicksal der einzelnen Todesopfer nicht in Vergessenheit geraten“, erklärte Landesbischofin Ilse Junkermann, die zu den Unterstützer_innen der Kampagne gehört anlässlich der Freischal-

tung der Kampagnen-Website. Sie sei froh, so die Bischöfin weiter, „dass sich viele Menschen in Sachsen-Anhalt, darunter auch viele Christinnen und Christen schon seit vielen Jahren gegen rechte und rassistische Gewalt engagieren“.

Rund 60 Menschen waren einem Aufruf der „Initiative für ein würdiges Gedenken an Helmut Sackers“ gefolgt. Die Teilnehmer_innen versammelten sich zunächst am Tatort in der Wolfsburger Straße 48 in Halberstadt. Hier erinnert inzwischen nichts mehr an den Plattenbau, in dem Helmut Sackers am 29. April 2000 erstochen wurde. Anschließend ging der Gedenkzug zu seinem Grab auf dem Städtischen Friedhof. Professor Rainer Neugebauer vom „Bürgerbündnis für ein gewaltfreies Halberstadt“ erinnerte an die Umstände der Tat: „Helmut Sackers hat gegenüber dem alltäglichen Rechtsextremismus nicht geschwiegen, nicht weggeschaut und nicht weggehört, sondern er hat sich eingemischt, Stellung bezogen. Er hat – was Bürgerbündnisse seit Langem und Politiker seit einiger Zeit fordern – eingegriffen. Er hat dies mit seinem Leben bezahlt. Dies darf nicht vergessen werden. Für uns ist Helmut Sackers – ungeachtet der justizförmigen Bewertung – ein Todesopfer rechter Gewalt.“

Weitere Pat_innen und Unterstützer_innen gesucht

Die Mobile Opferberatung will mit der Kampagne, der Website und durch Erinnerungsveranstaltungen vor Ort auf die tödliche Dimension rechter und rassistischer Gewalt aufmerksam machen. Außerdem sollen mit der Website die Getöteten einen Namen und ein Gesicht bekommen und an oft vergessene Opfergruppen – wie beispielsweise sozial Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen – erinnert werden. Dafür sucht die Mobile Opferberatung weitere Pat_innen und Unterstützer_innen, die sich vor Ort für das Gedenken an die jeweiligen Todesopfer engagieren wollen.

Heike Kleffner

Das Interesse ist groß

Wanderausstellung über Opfer des NSU wird auch in Sachsen-Anhalt gezeigt

Bereits in Dessau und in Halle hatte die Wanderausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ Halt gemacht. Im April war sie bereits in Halle zu sehen. Im Juli wurde sie in Magdeburg gezeigt. Die bilderreiche Ausstellung setzt sich auf 22 Tafeln mit den Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sowie der gesellschaftlichen Aufarbeitung nach dem Auffliegen des NSU im November 2011 auseinander.

Erstmals war die Wanderausstellung in Nürnberg zu sehen. Genau zwei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU fand die Eröffnung am 8. November 2013 dort im Gewerkschaftshaus statt. Konzipiert wurde die Schau vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e. V. Seitdem wurde sie bereits in 30 verschiedenen Einrichtungen gezeigt. Gebucht wird sie bundesweit von Kommunen, Schulen, Universitäten und Initiativen gegen Rassismus.

Biografien der Ermordeten berühren die Ausstellungsbesucher_innen

Der erste Teil der Ausstellung skizziert die Biografien der Ermordeten. Zu sehen sind bisher weitestgehend unveröffentlichte Privatfotos der Mordopfer, die von Angehörigen zur Verfügung gestellt wurden. Viele Besucher_innen zeigten sich berührt von den entsprechenden Ausstellungstafeln. Die Mordopfer werden auf jeweils einer Tafel dargestellt, auf weiteren Tafeln wird über die teils schwer verletzten Opfer der Bombenanschläge in Köln sowie die Banküberfälle informiert.

Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Mehmet Turgut, Habil Kılıç, Ismail Yaşar, Mehmet Kubaşık, Theodoros Boulgarides und Halit Yozgat wurden umgebracht, weil Neonazis des NSU Menschen türkischer Herkunft töten wollten. Die meisten der Opfer hatten seit mehr als 15 Jahren in Deutschland gelebt, hatten Familien gegründet und sich mit harter Arbeit eine

Existenz aufgebaut. Anstatt Neonazis zu suchen, verdächtigte die Polizei jahrelang die ermordeten und verletzten Migrant_innen sowie deren soziales Umfeld, in kriminelle Machenschaften verstrickt zu sein. Beweise hierfür lagen nicht vor. Die Ausstellung möchte die Opfer dagegen in einem positiven, menschlichen Licht zeigen. Auch Angehörige der Ermordeten kommen zu Wort.

Im zweiten Teil der Ausstellung werden Unterstützungsleistungen an den NSU aus einem neonazistischen Netzwerk dargestellt. Auf die Aufarbeitung der Verbrechen nach 2011 wird ebenfalls eingegangen. Zehn Tafeln beschäftigen sich mit der Kriminalisierung und Stigmatisierung der Opfer, dem Trio und dessen Unterstützermilieu, der Rolle der V-Leute des Verfassungsschutzes in der neonazistischen Szene sowie der gesellschaftspolitischen Aufarbeitung des Komplexes in den bisher vier Untersuchungsausschüssen.

Rassismus als zentrales gesellschaftliches Problem

Die 22-jährige deutsche Polizistin Michèle Kiesewetter war das letzte Mordopfer des NSU. Sie wurde 2007 in Heilbronn erschossen. Der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rosa sagte während der Eröffnungsveranstaltung im Mai 2014 in Heidelberg, er warte bis heute auf eine Entschuldigung für die öffentliche Kriminalisierung von Sinti und Roma im Zusammenhang mit dem Heilbronner Mord. Relevante gesellschaftliche Konsequenzen aus den strukturell rassistischen Ermittlungen in diesem und den weiteren NSU-Verbrechen sind bis zum heutigen Tag nicht zu erkennen.

Die Wanderausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ zeigt einen privaten Einblick in das Leben der zehn Ermordeten der Mordserie des NSU und das Überleben der Angehörigen nach der Tat. Durch intensive Recherchen ist eine eindrucksvolle Ausstellung entstanden, die die Betroffenen und nicht die Täter in den Mittelpunkt stellt. Birgit Mair

Die aktuellen Stationen der Wanderausstellung sowie weitere Informationen finden sie unter: www.opfer-des-nsu.de

Schülercoach-Ausbildung und Begleitband: Das ISFBB bietet spezielle Schülercoach-Ausbildungen an, die Jugendliche dazu befähigen, selbstständig durch die Ausstellung zu führen. Bisher wurden knapp 60 Jugendliche fortgebildet. Auch pädagogisches Material steht zur Verfügung. Der 60 Seiten umfassende Begleitband zur Ausstellung kann über die Internetseite www.opfer-des-nsu.de zum Preis von 6,50 Euro inkl. Porto bestellt werden.



Für Fragen und Informationen zur Kampagne der Mobilen Opferberatung wenden sie sich bitte an arndt@mobile-opferberatung.de.

Zwischen Debakel und Aufbruch

NPD und AfD bei den Kommunalwahlen ⁽¹⁾

Am 25. Mai 2014 fanden neben den Wahlen zum Europäischen Parlament ⁽²⁾ wie in neun anderen Bundesländern auch in Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen statt.

Die NPD spricht von gemischter Bilanz

Für NPD war ihr Abschneiden bei den Kommunalwahlen sicher nicht so erfolgreich wie erhofft. Sogar die Partei selbst spricht ⁽³⁾ von einer „gemischte[n] Bilanz“ „zwischen Debakel und Aufbruch“. Mit 174 Kandidaten ⁽⁴⁾ erzielte die Partei 34 Mandate in 30 Räten. ⁽⁵⁾ Das ist ein Sitz mehr als bei den Wahlen 2007 (inkl. DVU) und 2009 zusammen erzielt wurden. Unter den neuen Mandatsträgern ist keine einzige Frau (vorher vier).

Dort, wo sie antrat, wird es außer in Magdeburg künftig in allen Vertretungen auf Kreisebene mindestens einen Abgeordneten der NPD geben, insgesamt 12 (vorher 16). Auf zwei Sitze kommt die Partei nur im Salzland. Die im Kreis für eine Fraktion nötigen drei Mandate wurden wieder nur im Burgenland erreicht. Im Harz, Anhalt-Bitterfeld und Halle sanken die Stimmzahlen um ein Drittel. In Mansfeld-Südharz und dem Jerichower Land gab es diesmal keine Kandidatur, dafür aber neu in den Kreisen Stendal und Wittenberg sowie in Dessau-Roßlau (2007 DVU). Stimmenzuwachs gab es im Burgenland und Saalekreis – bei stark gesteigerter Wahlbeteiligung.

Mit zwei Ausnahmen war die Partei in allen Einheits- und Verbandsgemeinderäten erfolgreich, in denen sie kandidierte, und hat dort nun 17 Einzelsitze. Ingo Peter Walde verdoppelte in Hecklingen sein Ergebnis in absoluten Zahlen. Nur in Quedlinburg und der Verbandsgemeinde An der Finne bekam die NPD weniger Stimmen als 2009. Auch in zwei Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden sowie zwei Ortschaften konnte die NPD in Räte einziehen. Die einzige Fraktion unterhalb der Kreisebene bleibt die in Laucha. Die dortigen 11,88 % sind das beste Resultat der Partei in diesem Jahr. In der Gemeinde Finne musste die Partei ihre einzige Abwahl hinnehmen.

NPD-Landratskandidat im Burgenlandkreis war Peter Awramenko aus Bad Bibra. Er kam auf 3.572 Stimmen (4,96%). Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Naumburg kam Andreas Karl mit 566 Stimmen (4,28%) auf den letzten Platz. Der Kameradschaftsführer von Dessau-Roßlau, Alexander Weinert, erhielt als „unabhängiger“ Oberbürgermeisterkandidat 435 Stimmen (1,29%), ebenfalls letzter Platz.

Eigene Erwartungen nicht erreicht

Für die NPD bleibt das ernüchternde Fazit, hinter den eigenen Erwartungen zurückgeblieben zu sein. Darüber können auch regionale Erfolge im Norden und Osten des Landes nicht hinwegtäuschen. Die kommunalen Mandatsträger sind überaltert. Und auch von der einst vollmundig angekündigten Intellektualisierung der Landes-NPD ist angesichts des Personaltableaus nicht viel zu sehen. Der erhoffte, neue Anlauf bei den Landtagswahlen 2016 könnte sich als Fata Morgana erweisen.

Einzelkandidaten und sonstige Rechte

Hier sticht Dennis Wesemann hervor, der für den Ortschaftsratsrat Stresow in Möckern (Jerichower Land) antrat. Der aus der rechten Hooliganszene bekannte ⁽⁶⁾ Wesemann holte 27,73%. Auch bei den Europawahlen konnte die extreme Rechte in Stresow wie gewohnt ⁽⁷⁾ sehr gut abschneiden. Mit 24,7% ist sie in dem Örtchen stärkste Kraft. Im Tangerhütter Ortsteil Jerchel sitzt mit Enrico Mertynink ein weiterer, bekannter Rechter im neuen Ortschaftsratsrat. Seine Wählergemeinschaft holte über 70% der Stimmen (Mertynink allein 12%) und besetzt alle drei Sitze. Michael Kaufholz zog in den Ortschaftsratsrat von Randau-Calenberge in Magdeburg ein. Als 20-Jähriger war er im Hauptprozess um den Mord an Torsten Lamprecht 1992 zu einer Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt worden. ⁽⁸⁾ Horst Schubert, seit 2000 Bürgermeister von Stößen, erlangte für die CDU einen Sitz im Verbandsgemeinderat Wethautal (Burgenland). Schubert bildete 2004 bis 2005 – damals für die Freie Wählergemeinschaft Burgen-

landkreis (FW) gewählt – mit Andreas Karl und Denis Gratzke die NPD/FW-Fraktion im Kreistag.

AfD: Schwerpunkt Anhalt-Bitterfeld

Die Alternative für Deutschland (AfD) konnte mit ihren 259 Kandidaten 50 Mandate, davon sieben Frauen, einfahren. Schwerpunkt mit 22 Mandaten ist der Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Das Durchschnittsalter liegt bei 45,4 Jahren.

Auf Kreisebene holten die Rechtsliberalen 16 Sitze, darunter drei Frauen. Mit je drei Abgeordneten wird die AfD zukünftig Fraktionen in den kreisfreien Städten und Anhalt-Bitterfeld stellen. Zwei Mandate gibt es im Burgenland, je eins im Saalekreis und dem Landkreis Wittenberg. Wohl vor allem wegen der teilweise unbesetzten Wahlbereiche reichte es in Börde und Harz nicht für einen Sitz.

In den Kreisen/kreisfreien Städten mit flächendeckender AfD-Kandidatur liegen die Ergebnisse zwischen 1,88% (Saalekreis) und 5,94% (Dessau-Roßlau), insgesamt bei 4,27%. Für das gesamte Land wurden 2,30% erreicht.

In Magdeburg gab es im Vorfeld der Wahl einige Skandale um die Kandidaten der AfD. Am 11. Mai griffen AfD-Kandidaten mehrere Antifaschisten mit Messer und Baseballschläger an. ⁽⁹⁾ Landesvize Ronny Kumpf ist laut Volksstimme ⁽¹⁰⁾ in einem Video als Pornodarsteller zu sehen. Gegen fünf weitere Kandidaten sollen u.a. wegen Gewalt- und Drogendelikten Ermittlungen gelaufen sein, außerdem gegen die Brüder Jörg und Carsten Alsleben wegen Nötigung, Bedrohung, Körperverletzung, Verstoßes gegen das Waffengesetz und schweren Raubes.

Jörg Alsleben war an den Himmelfahrtskrawallen 1994 beteiligt. Er wurde nach eigenen Angaben ⁽¹¹⁾ in der zweiten Instanz freigesprochen. Am Magdeburger Hasselbachplatz griff er ⁽¹²⁾ 2013 Gäste einer Bar mit einem Baseballschläger an, wofür er vor Gericht landete. Zuletzt soll Alsleben laut Volksstimme im Verdacht gestanden haben, Wahlplakate anderer Parteien abgehängt zu haben. Wegen eines „Handgemenges“ mit Mitarbeitern des Ordnungsamtes werde ermittelt.

Der Landesvorstand der Partei distanzierte sich, und die im Zeitungsartikel genannten Kandidaten mussten schriftlich erklären, etwaig erlangene Mandate nicht anzutreten. Jörg Als-

leben wurde tatsächlich gewählt. Für ihn rückt seine Lebensgefährtin Mandy Loskant nach, deren Vergangenheit als Playmate prompt für Schlagzeilen ⁽¹³⁾ sorgte.

In den Räten der Einheits- und Verbandsgemeinden sitzen künftig 23 AfD-Abgeordnete. Mit Ausnahme von Zeitz finden sich alle künftigen AfD-Fraktionen dieser Ebene in Anhalt-Bitterfeld: Bitterfeld-Wolfen (3 Mandate), Raguhn-Jeßnitz (2) und Muldestausee (2). Überall sonst kommt die Partei auf je ein Mandat. Die höchsten Stimmenanteile wurden in Zeitz (9,96%), Bitterfeld-Wolfen (8,42%) und Raguhn-Jeßnitz (8,17%) erreicht.

In acht Ortschaften wurden zehn Mandate erzielt, neun davon in Anhalt-Bitterfeld. Die höchsten Ergebnisse gab es in Thalheim (Bitterfeld-Wolfen) mit 20,73%, Trinum (Osternienburger Land) mit 26,34% und Gröbern (Muldestausee) mit 27,15%. In den Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinden konnte nur in Nebra (Unstruttal, Burgenlandkreis) ein Sitz geholt werden. In Laucha (Unstruttal) und Stößen (Wethautal) war die örtliche Konkurrenz von Battke-NPD bzw. Schubert-CDU wohl doch zu stark.

Der Landratskandidat in Anhalt-Bitterfeld, Daniel Roi schnitt mit 6.835 Stimmen (11,28%) fast doppelt so gut ab wie die Partei bei den Kreistagswahlen (5,75%). Auch André Poppenburg im Burgenlandkreis konnte mit 4.624 Stimmen (6,41%) mehr holen als die AfD bei den Kreistagswahlen (3,75%).

Andreas Mrosek, 2002 FDVP-Landtagskandidat, holte bei der Oberbürgermeisterwahl in Dessau-Roßlau 2.274 Stimmen (6,75%) und damit immerhin noch 0,81% mehr als die Partei.

Wie geht es mit der AfD weiter?

Zweifellos konnte die AfD davon profitieren, dass die Kommunalwahlen in ihre aufstrebende Phase und mit der Europawahl zusammenfielen. Der Fortgang auf kommunaler Ebene wird – wie immer bei jungen Parteiprojekten – vor allem auf die sehr unterschiedlichen Personalien vor Ort ankommen. Immerhin deutet die Tatsache, dass die neuen Abgeordneten – im Gegensatz zur NPD – jünger werden, je weiter man in den Gebietskörperschaften nach unten sieht, auf die Chance einer kommunalen Verankerung hin. Auf Landesebene wäre eine Prognose aber reine Spekulation. *Tilo Giesbers*

⁽⁴⁾ <https://www.antifainfoblatt.de/sites/default/files/public/files/NPD-Kandidaten-2014.pdf>

⁽⁵⁾ Alle Zahlen nach vorläufigem Endergebnis

⁽⁶⁾ <http://www.neues-deutschland.de/artikel/820838.bekanntnis-per-ruecknummer.html>

⁽⁷⁾ http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/461117_Das-Gutshaus-der-Sportplatz-und-die-NPD.html

⁽⁸⁾ http://www.mobile-opferberatung.de/doc/news/chronologie_elbterrassen.pdf

⁽⁹⁾ <http://www.mobile-opferberatung.de/b00001250.html>

⁽¹⁰⁾ http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1278456_Kriminelle-unterwandern-AfD-Magdeburg.html

⁽¹¹⁾ http://www.volksstimme.de/aboservice/volksstimme.de_newsletter/1284583_Strafrechtlich-vorbelasteter-AfD-Kandidat-tritt-Mandat-ab.html

⁽¹²⁾ <https://linksunten.indymedia.org/de/node/114028>

Rechte Feuerwehrkameraden

Wenn Nazis zum Löschen anrücken

Immer wieder sorgen sie bundesweit für Schlagzeilen: Neonazis und andere extreme Rechte in den Feuerwehren. Der Umgang damit ist sehr unterschiedlich, in Sachsen-Anhalt besteht Handlungsbedarf.

Die Feuerwehr ist eine der wichtigsten Institutionen für das Gemeinwesen. In Sachsen-Anhalt ist sie weitestgehend als Freiwillige Feuerwehr organisiert. Ihr obliegt nicht nur Brandschutz, Rettungs- und Katastrophenhilfe, auch im Vereinsleben gerade im ländlichen Raum spielen die Freiwilligen Feuerwehren samt ihrer Jugendfeuerwehren eine zentrale Rolle. Gerne werden sie auch für zusätzliche Aufgabe bei Festen und Veranstaltungen in Dienst genommen. Die Ehrenamtlichen sichern Veranstaltungen ab oder stellen Ausrüstung für so manches Dorffest zur Verfügung.

Allerdings ist die Feuerwehr gerade auch in Sachsen-Anhalt seit Jahren mit strukturellen Problemen konfrontiert. Viele Regionen sind von demografischer Alterung und Abwanderung geprägt. Viele Menschen haben sehr weite Arbeitswege. Hinzu kommen klamme öffentliche Kassen und Nachwuchssorgen. Auch ein massiver Mitgliederschwund ist in den Freiwilligen Feuerwehren zu beklagen. Wie die Mitteldeutsche Zeitung bereits vor zwei Jahren meldete, ist in Sachsen-Anhalt die Zahl der ehrenamtliche Feuerwehrleute binnen zehn Jahren um nahezu 5.000 Männer und Frauen gesunken.

Das alles führt dazu, dass bei einem Alarm zunehmend weniger Helfer_innen zeitnah ausrücken können. Ein besorgniserregender Zustand, der die Diskussion über Zwangsrekrutierungen aufkommen lässt. In der kleinen Ortschaft Pietzpuhl im Jerichower Land ist man schon weiter, hier wurde bereits aus der Not heraus die erste Pflichtfeuerwehr eingeführt. Verständlich, dass vor solch einem Hintergrund händeringend Nachwuchs gesucht wird und alle Interessierten zunächst willkommen sind.

Geistige Brandstifter als Brandschützer

Doch was passiert, wenn Neonazis und andere extrem Rechte in die Feuerwehr eintreten? Wenn diese vielleicht auch noch engagiert und fachlich gut ausgebildet sind oder gar in führende Position übernehmen? Zwei Fälle von rechten Feuerwehrleuten machten im Frühjahr in Sachsen-Anhalt überregional Schlagzeilen.

Bei dem einen handelte es sich um einen jungen, von Aufmärschen bekannten Neonazi aus Salzwedel, der für die NPD zur Wahl antreten wollte. Der andere ist ein Feuerwehrmann aus Jerchel (bei Tangerhütte), der auf seinem Facebookprofil rechte, rassistische und islamfeindliche Inhalte postete. Darunter das Bild eines Wehrmachtspanzers im Gefecht, versehen mit der Beschriftung „Endlich wieder Winterspiele mit deutscher Beteiligung in Russland – Sochi 2014“. Weil er nicht nur ein kleiner Feuerwehrmann, sondern Ortswehrleiter und damit immerhin Ehrenbeamter auf Zeit ist, gab es einen kleinen Skandal. Nach öffentlichem Druck musste sich der Jercheler von seinen rassistischen Facebookinhalten distanzieren. Viel mehr ist aber auch nicht geschehen. Auch der Salzwedeler Neonazi ist weiterhin in der Feuerwehr aktiv.

Diese beiden prominenten Beispiele lassen sich weiter fortführen: ein Feuerwehrmann aus der Börde mit einem Faible für Thor Steinar, NPD-Werbung und Nazifreunden auf Facebook; ein Feuerwehrmann aus dem Landkreis Stendal, der NPD-Werbung auf seinem Facebook-Profil postet; ein anderer aus dem selben Landkreis, der im Shirt einer Rechtsrockband samt Wehrmachtsmütze mit Hakenkreuzemblem posiert.

Noch problematischer wird es bei einem weiteren Fall aus der Börde. Neben NPD-Werbung ist auf dem Facebookprofil des Rechten auch ein Foto zu finden, das ihn in einem Shirt der Nazi-Band Skrewdriver zeigt, offensichtlich auf einem Lehrgang in der Feuerweherschule in Heyrothsberge. Thema des Lehrgangs laut nebenstehendem Kommentar: Brandschutzerziehung 1. Dieser Lehrgang richtet sich an Betreuer_innen der Jugendfeuerwehren. Es ist also davon aus-

zugehen, dass hier ein Rechtsextremer mit Kindern in der Jugendfeuerwehr arbeitet.

Solch ein offenes zur Schau stellen der rechten Gesinnung dürfte auch vielen Kameraden in den entsprechenden Wehren nicht verborgen bleiben. Dennoch scheint vielerorts so etwas noch nicht problematisiert zu werden. Dabei hat die Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrprojekt ein eigenes Projekt zur Demokratieförderung und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Auch auf Bundesebene gibt es gutes Bildungsmaterial der Deutschen Jugendfeuerwehr. Fraglich ist aber, inwieweit diese Materialien abgefragt werden und was jenseits der Jugendfeuerwehr in den einzelnen Wehren passiert.

Unmut über die rechten Kameraden in den eigenen Reihen

Dabei ist vielerorts und nicht nur in Sachsen-Anhalt der Frust bei den Engagierten über die rechten Kameraden groß. Und das nicht nur weil man ein Imageproblem fürchtet. Die rechte Ideologie wird auch aufs Schärfste abgelehnt, weil es darum geht, Menschen in Not zu helfen. In einem Feuerwehrforum wird über einen Fall aus Postlow (Mecklenburg-Vorpommern) diskutiert. Hier wurde ein Rechtsextremer zum Wehrführer gewählt. Das stößt auf großes Unverständnis.

Feuerwehrleute beziehen klar Stellung: „Wir sollten uns darüber im Klaren sein, wo hier das Problem liegt. Als Feuerwehr helfen wir in Notsituationen – egal welches Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität oder Religionszugehörigkeit des Betroffenen vorliegt. Wenn jemand sehr lauthals verkündet dass er diese Unparteilichkeit nicht vertritt, dann ist er ungeeignet. PUNKT!“

Ein anderer kommentiert: „Dann dazu, ob es nicht grundsätzlich fragwürdig ist, Leute mit rechtspopulistischem Hintergrund in einer Wehr zu haben: Ja, ist es. Die Gründe sind offensichtlich: Die Feuerwehr (und genauso auch andere Organisationen) helfen ohne Blick auf irgendwelche ‚Minderheitenmerkmale‘ jedem. Wer nicht

jeden als im Grundsatz gleichwertig anerkennt, bei dem muss man vermuten, dass er das auch nicht bei jedem mit dem gleichen Einsatz leisten kann und leisten wird. Deswegen hätte ich persönlich kein Problem damit, jemandem, der sein Gedankengut nicht von der Feuerwehr trennen kann, die geistige Eignung für den Feuerwehrdienst abzusprechen!“

Dieser Unmut über die rechte Unterwanderung wird auch deutlich, wenn sich Männer und Frauen aus freiwilligen Feuerwehren hilfesuchend oder mit Hinweisen bei Beratungsprojekten gegen Rechtsextremismus melden. Teilweise fühlen sie sich in ihrer Problemwahrnehmung nicht ausreichend ernst genommen, oder sie haben Angst im Nachhinein als Nestbeschmutzer dazustehen.

Handlungsbedarf

Die geschilderten Beispiele und Reaktionen zeigen, dass hier noch Handlungsbedarf besteht. Die Scheu vor Konflikten in der eigenen Wehr oder das Argument, das im Notfall jede helfende Hand gebraucht wird, sind generell natürlich nachvollziehbar. Ein Wegschauen und eine fehlende Auseinandersetzung mit dem Problem wird den Feuerwehren jedoch auf die Füße fallen. Nicht nur dass die Braunen unter den Brandbekämpfern das Bild der Feuerwehr ernsthaft beschädigen können und damit auch das Engagement von zehntausenden Engagierten ein Stück weit diskreditieren. Schließlich muss jede Person in Not drauf vertrauen können, dass alle anrückenden Helfer_innen auch wirklich alles machbare tun werden.

Und auch die Nachwuchsarbeit dürfte durch die rechten Umtriebe in Mitleidenschaft gezogen werden. Wer mag schon gerne in eine Feuerwehr eintreten, bei der bekannt ist, dass sich hier auch Neonazis engagieren. Auch kann man es Eltern nicht verdenken, dass sie ihre Kinder nicht in die Jugendfeuerwehr schicken, wenn ihre Kleinen dann mit Betreuern zu tun haben, die auf Lehrgängen Nazi-Shirts tragen und auf Facebook für die NPD werben. Das Engagement gegen rechtes Denken und Rassismus muss innerhalb der Wehren noch verstärkt werden, denn die Feuerwehr ist gesellschaftlich zu wichtig, um sie Neonazis und anderen Menschenfeinden zu überlassen. (mab)

Die Bedeutung dieser Events

Interview mit dem Rechtsrockexperten Jan Raabe

Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Jahren zu einem Eldorado für Veranstalter_innen von Rechtsrockkonzerten entwickelt. Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus zählte für das Jahr 2013 33 Konzerte – vom geheim organisierten Liederabend bis zu öffentlich beworbenen Großveranstaltungen. Ein Trend lässt sich beobachten: Waren es im Jahr 2011 noch 20 Konzerte, so konnte man im Jahr darauf schon mindestens 30 feststellen. Zudem waren 2012 und 2013 20 sachsen-anhaltische Musikprojekte aktiv, die in beiden Jahren mindestens 26 Singles, Alben und Samplerbeiträge veröffentlichten und regelmäßig regional, bundesweit und sogar international auftraten.

In diesem Jahr fand erneut ein neonazistisches Festival in Nienhagen statt. Etwa 1.300 Rechtsrockbegeisterte strömten in das Dorf am Harz. Ihnen wollten sich 250 Protestierende entgegenstellen. Die Bürgerinitiative Nienhagen Rechtsrockfrei und der DGB hatten Gegenaktionen angemeldet. Die Protestveranstaltungen fanden in einer Seitenstraße statt. Miteinander e. V. kritisierte im Nachgang, dass die Polizei nicht konsequent verhinderte, dass Pressefotograf_innen angegriffen wurden und dass strafbare Nazi-Symbole gezeigt werden konnten. (1) Wir sprachen mit dem Rechtsrockexperten Jan Raabe zum grundlegenden Charakter solcher Events.

Trifft die Beobachtung zu, dass die Zahl der legalen Rechtsrockkonzerte und Festivals im Vergleich zu vor zehn Jahren zugenommen hat?

Ja, diese Beobachtung ist richtig und lässt sich auch statistisch belegen. Sowohl die Zahl der Konzerte, welche von Einzelpersonen wirklich angemeldet werden, besonders aber jene, die von Parteien wie Die Rechte und allen voran der NPD angemeldet werden, steigt. Vor allem aber ist die Bedeutung dieser Events stark gestiegen. Da sie bisher fast immer stattfinden konnten, bieten sie den potenziellen Teilnehmern ein hohes Maß an Sicherheit, die Anreise nicht umsonst auf sich zu nehmen. Sie werden offen beworben, sodass auch „Neueinsteiger“ der Szene die Informationen bekommen und teilnehmen können. Durch die oftmals hohen Teilnehmer-

zahlen, in der Regel um oder über 1.000, entsteht zudem ein stärkeres Gemeinschaftserlebnis, was dann wiederum die Attraktivität erhöht.

In der öffentlichen Auseinandersetzung um Verbote solcher Konzerte verweisen die Behörden darauf, dass sich die neonazistischen Konzertveranstalter penibel an die ordnungsrechtlichen Auflagen hielten und deshalb ein Verbot vor den Gerichten keinen Bestand hätte. Gibt es Erfahrungen aus anderen Bundesländern zur Praxis des Verbots von Rechtsrock Konzerten?

Das ist sehr schwierig. Der Rechtsprechung nach handelt es sich bei Rechtsrockkonzerten um politische Versammlungen. Das ist richtig und diese Einschätzung teile ich auch. Dadurch stehen sie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes, was die Hürde für eine Auflösung recht hoch legt. Das bedeutet, dass die Polizei sehr sorgfältig arbeiten und wirklich gut vorbereitet sein muss. Im brandenburgischen Finowfurt löste die Polizei in letzter Zeit mehrere angemeldete Veranstaltungen mit der Begründung auf, dass indizierte Lieder gespielt bzw. volksverhetzende Lieder gesungen wurden oder vom Publikum der Hitlergruß gezeigt wurde. Das zeigt durchaus, dass Handeln hier möglich und angebracht ist, wenn diverse Kontrollmöglichkeiten kompetent eingesetzt werden. Es ist mir jedoch wichtig zu betonen, dass ich in solchen Verboten keine wirkliche Lösung sehe. Wichtig ist, diese Konzerte – vor allem jene großen und öffentlich angekündigten – zu Kristallisationspunkten gesellschaftlicher Gegenwehr und Auseinandersetzung zu machen.

Abgesehen vom Rahmen – von Gesetzen und Auflagen – entfalten die Konzerte ja eine gewisse Wirkung nach innen und nach außen. Welche Folgen hat es, wenn dauerhaft große Rechtsrockkonzerte legal stattfinden?

Die Wirkung nach innen liegt vor allem im emotionalen Bereich, das Gemeinschaftserlebnis, diese Konstitution als Gruppe, dieses sich stark fühlen vor allem bei großen Events, ist eine Wirkung, die nicht zu unterschätzen ist. Dass sich Gruppen verfestigen, wenn sie solche Konzerte

ist stark gestiegen

zusammen besuchen und gemeinsam anreisen, ist selbstverständlich, das ist bei allen Konzerten so. Das Besondere bei den angemeldeten Konzerten ist ihre Größe, die oftmals über die der „Undergroundkonzerte“ weit hinausgeht.

Was die Wirkung nach außen betrifft, so liegt sie am ehesten im Bereich „Das ist ja nicht verboten, so schlimm kann das also nicht sein“. Diese Konzerte werden aufgrund ihres rechtlichen Status inhaltlich bewertet. Das ist natürlich katastrophal, denn wie wir alle wissen, sind die Musiker und die ganz wenigen Musikerinnen, die es in dem Bereich gibt, durchaus in der Lage neonazistische Inhalte zu vermitteln, ohne gegen Auflagen zu verstoßen. Als Beispiel sei hier nur daran erinnert, wie die Band „Die Lunikoff Verschwörung“ beim Rock für Deutschland in Gera das Lied „Wotan Lenker der Schlachten“ gespielt hat. Im Refrain heißt es „Wotan Lenker der Schlachten, heil dir“. Bei den letzten Worten gingen im Publikum die Arme zum Hitlergruß hoch. Die Polizei bewertete dieses zwar als Straftaten, rechnete es aber nicht der Band und somit der Veranstaltung zu und reagierte von daher nicht. Da in Deutschland bei großen Teilen der Bevölkerung die Meinung vorzuherrschen scheint, was legal ist, ist auch demokratisch und o.k., geht von diesen Parteikonzerten ein fatales Signal aus.

Wer besucht eigentlich solche legalen Konzerte? Handelt es sich nur um fest in die Szene eingebundene Leute oder gibt es auch so etwas wie Zufallsbesucher?

Genau hier liegt ein Unterschied zu den „Undergroundkonzerten“. Der Zugang zu den angemeldeten Konzerten ist sehr einfach, da braucht man kein großes Szenewissen und entsprechende Kontakte zu haben, da können auch die anpolitisierten Jugendlichen hingehen, die im regionalen Umkreis wohnen.

Ist die Zahl derer, die solche Konzerte organisieren, eingrenzbar? Und käme man diesen nicht bei, indem man in einem Verbotsverfahren auf eventuelle Vorstrafen verweist?

Die Zahl derer, welche die großen Konzerte organisieren, ist im Moment recht übersichtlich, denn so etwas braucht selbstverständlich viel Erfahrung und gute Kontakte in alle möglichen Bereiche, also zu den Bands, den PA-Verleihern, zu Leuten, die helfen, Security-Aufgaben zu übernehmen etc. Ein Verweis auf Vorstrafen reicht wohl kaum für ein Verbot, höchstens müsste der Anmelder gewechselt werden, aber das können immer irgendwelche Strohmänner oder auch -frauen übernehmen.

In den zurückliegenden Jahren fanden Rechtsrockfestivals vielfach in eher kleineren Orten statt, an denen Neonazis mit nicht so starkem Protest rechnen. Gab es so etwas wie einen Verdrängungseffekt des Protests aus den größeren Städten in die Peripherie?

Unserer Beobachtung nach ist das tatsächlich der Fall. Für die Veranstalter sind nur „Kundgebungen“, also Konzerte ein Erfolg, die als solche angemeldet sind und politische Agitation mit Livemusik verbinden und zu denen viele Leute gekommen sind. Dafür müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Da ist zuerst die Bandauswahl, aber auch zu erwartende Gegenproteste, die ja, vor allem wenn sie breit getragen werden, nicht nur auf der Straße stattfinden, sondern oft auch Behörden und andere Institutionen zum Handeln motivieren oder drängen. Dort, wo die Veranstalter mit Widerstand und Ärger rechnen müssen und welche die Investitionen in eine solche Veranstaltung zu einem Risiko werden lassen, ziehen sie sich zurück und weichen aus. Oftmals in kleinere Orte, wo sie weniger Widerstand erwarten. Diese Rechnung muss aber nicht immer aufgehen, denn auch hier gibt es teilweise aktive Antifaschisten.

Vielen Dank für das Gespräch

(1) Miteinander e. V. zum Rechtsrockkonzert in Nienhagen: Möglichkeiten des Straf- und Ordnungsrechts noch lange nicht ausgeschöpft, im Internet unter: <http://www.miteinander-ev.de/index.php?page=61&modaction=detail&modid=512>



Kulturpädagogische Ansätze im lokalen Raum

Pädagogische Hand-

reichung zur historisch-politischen Arbeit erschienen

Es ist fast eine Binsenweisheit: Will man die Gegenwart begreifen, muss man sich auch der Vergangenheit widmen. Dies gilt auch und gerade für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Seine Erscheinungsformen und Inhalte sind maßgeblich von der Geschichte geprägt. Sie orientieren sich am historischen Nationalsozialismus sowie völkischen und faschistischen Ideen. Demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen zehren von den gesellschaftlichen und individuellen Erfahrungen der Vergangenheit. Sie werden zwischen den Generationen weitergegeben.

Untersuchungen zu politischen Einstellungen belegen: Dort, wo sich Menschen offen und kritisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus – aber auch mit der DDR – auseinandersetzen, haben Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit wenig Chancen auf Rückhalt und Verbreitung. Dort, wo sich Menschen der historischen Auseinandersetzung nicht stellen oder diese ablehnen, finden Ideen der extremen Rechten stärkere Resonanz.

„Geschichte(n) Würde(n) Leben“

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung und der notwendigen Auseinandersetzung mit den geschichtspolitischen Interventionen der extremen Rechten steht die Arbeit von Miteinander e. V. immer auch im Spannungsfeld zwischen dem Fortwirken der Geschichte und den heutigen Fragen an die Bedeutung der Menschenrechte bzw. an eine demokratische Kultur. Diesem Spannungsfeld widmet sich auch unsere historische Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Sie steht dabei vor der Herausforderung, das Interesse junger Menschen an der Geschichte zu wecken und diese mit ihren Erfahrungen zu verbinden.

Diese Überlegungen lagen auch unserem Projekt „Geschichte(n) Würde(n) Leben“ zugrunde. Im Rahmen dieses Projekts legen wir nun eine Broschüre vor, in der wir ausgewählte Ansätze unserer kulturpädagogischen und historisch-politischen Bildungsarbeit als pädagogische Handreichung mit Arbeitsblättern, Hördokumenten und filmischen Beiträgen für den Einsatz in Schule und Jugendarbeit präsentieren.

Mit Jugendlichen die Geschichte des Nationalsozialismus anschaulich und verständlich zu bearbeiten, ist gar nicht so einfach. Menschen, die noch aus eigenem Erleben von dieser Zeit berichten können, treffen sie heute selten. Doch welche individuellen Zugänge zum Thema Nationalsozialismus haben die Jugendlichen heute noch? Authentische Orte – besonders im Umfeld der Jugendlichen – sowie historisches Material und überlieferte Begebenheiten helfen, einen Bezug zur Gegenwart und zur Lebenswelt der Jugendlichen herzustellen. Mit der vorliegenden Handreichung incl. DVD wird dazu ein Beitrag geleistet. Pädagog_innen und Interessierte sollen ermutigt werden, sich mit „ihren“ Jugendlichen auf eine lebendige und kreative Suche zu begeben – und besonders bei der Thematisierung des Nationalsozialismus lokale Geschichte(n), lokale Bezüge, Menschenrechte und aktuelle Bezüge einzubeziehen. Das vorliegende Material kann sie dabei unterstützen.

Bildungsmaterial mit praktischem Wert

Im ersten Teil der Broschüre finden sich theoretische Vorüberlegungen, Hintergründe und Rahmenbedingungen der Arbeit; im zweiten Teil acht Praxismodule mit einzelnen Übungen, die jeweils auch separat eingesetzt werden können. Der dritte Teil enthält kommentierte Übungen. Die DVD beinhaltet den filmischen Mitschnitt der theatralen Aufführung „Risse. Über das Helfen in einer hilflosen Zeit“ der Jugendtheatergruppe „Karambolage“, das pädagogische Begleitmaterial zu Film und Theateraufführung, Arbeitsblätter zu den acht Modulen, die Projektdokumentation „Geschichte(n) Würde(n) Leben“ sowie ausgesuchte weiterführende Praxismaterialien zur politisch-historischen Bildung verschiedener Träger.

Wir hoffen, mit diesen Bildungsmaterialien Impulse und Anregungen für die eigene Praxis zu geben und laden dazu ein, die Arbeitsblätter, Methoden und den Film für die Arbeit zu nutzen. Das Projekt und die Veröffentlichung wurde von der Stiftung „Erinnerung Verantwortung Zukunft“ und dem Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt gefördert. (rm)

Miteinander e.V.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit sechs Institutionen sowie 51 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 21 hauptamtliche Mitarbeiter_innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. Miteinander e. V. ist Träger mehrerer Bundesprojekte – u. a. der *Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt*, der *Arbeitsstelle Rechtsextremismus*, der *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus*, Träger des Modellprojekts *Rollenwechsel*, des *Anti-DiskriminierungsNetzwerks Sachsen-Anhalt* sowie der *Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg*. Dem Vorstand gehören Hans-Jochen Tschiche (Vorsitzender), Anke Lohmann und Curt Stauss an.

Anerkennung unserer Arbeit

Am 14. September 2003 wurde Miteinander e. V. mit dem „Julius-Rumpf-Preis“ der Martin-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet. Pfarrer Julius Rumpf (1874-1948) war Weggefährte von Martin Niemöller und Mitglied der Bekennenden Kirche. Mit dem Preis werden jährlich Einzelpersonen und Gruppen ausgezeichnet, die „in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung“ aufbauen. Darüber hinaus wurden Einzelprojekte von Miteinander e. V. mit dem „Einheitspreis“ (2007) und bereits dreimal mit dem Preis des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

Kontaktadressen

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
Web: www.miteinander-ev.de
Facebook: <https://www.facebook.com/miteinanderev>

Geschäftsstelle
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 620773
Fax: (0391) 6207740
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 306430
Fax: (03901) 306432
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle/Saale
Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de

Spendenaufwurf

Bitte unterstützen Sie mit einer Spende unsere Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus! Alle Spenden kommen der Arbeit des Vereins zugute. Spenden Sie auf das rechts angegebene Vereinskonto.

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Spendenkonto
Kontoinhaber: Miteinander e. V.
IBAN: DE14 810 205 000 008
473 400
BIC: BFSWDE33MAG
Bank für Sozialwirtschaft



GESCHICHTEN
WÜRDEN LEBEN

Die Handreichung kann unter folgender Adresse bestellt werden:

Miteinander e. V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
net.gs@miteinander-ev.de

Wir berechnen hierfür eine Versandkostenpauschale in Höhe von:
3,- € für ein bis sieben Exemplare
6,- € für acht bis 15 Exemplare
Versandkosten für größere Mengen erfragen Sie bitte in der Geschäftsstelle.

IMPULSE FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

8. Juli 2014

Aus aktuellem Anlass

Der autoritäre Charakter Das ZDF-Projekt „Der Rassist in uns“ widerspricht einer emanzipatorischen Bildungsarbeit

Am 10. Juli 2014 zeigt ZDFneo die Dokumentation „Der Rassist in uns“. 39 Freiwillige nahmen an einem vierstündigen Antirassismus-Training teil. Das „Blue-Eyed-Training“ lässt die Teilnehmenden am eigenen Leib erfahren, was Diskriminierung bedeutet. Wissenschaftler_innen verfolgen und kommentieren das Experiment, das mit einer Diskussions- und Reflexionsrunde der Freiwilligen abschließt. „Das Social Fact-Format „Der Rassist in uns“ macht deutlich, wie Rassismus funktioniert und wie es sich ändert, diskriminiert, herabgewürdigt und verunsichert zu werden und wie schnell man sich von der Idee vereinnahmen lässt, man gehöre einer Minderen, besseren Gruppe an.“ So wird die Sendung offiziell beworben. **Macht das Experiment wirklich deutlich, wie Rassismus funktioniert? Hilft es, Rassismus zu bekämpfen und zurückzudrängen? Wir finden Nein und wollen dies hiermit begründen.**

Wir teilen das Lernziel.

Lernziel des Blue-Eyed-Trainings (BET) ist es, Rassismus und Mechanismen der Ausgrenzung und Abwertung von Menschen oder Gruppen deutlich zu machen. Dieses Lernziel teilen wir ausdrücklich.

Bildungsarbeit für Demokratie und Weltoffenheit muss – um eigene Anteile von Rassismus und Ausgrenzung deutlich zu machen – auch den Finger in die Wunde legen. Die Frage ist, auf welchen Wegen dies erreicht werden kann und wie es gelingt, dabei die Teilnehmenden (TN) zu achten und ihre Erfahrungen und Empfehlungen zu respektieren.

Zum Hintergrund: Das Blue-Eyed-Training¹

„Der Rassist in uns“ beruht auf dem sogenannten Blue-Eyed-Training von Jane Elliott. Jane Elliott war Lehrerin in den USA und wollte ihren Schüler_innen nach der Ermordung von Martin Luther King 1968 verdeutlichen, wie Rassismus funktioniert.“ Jane Elliott teilte ihre Schüler_innen (8-Jährige) durch das willkürliche Merkmal der Augenfarbe in zwei Gruppen ein. Auf ihrem Erfahrungen mit diesem ersten Experiment beruht das „Blue-Eyed-Training“, das v.a. in den USA und Europa durchgeführt wird.

Zum Ablauf: Ohne Erklärung werden die Teilnehmenden beim Ankommen in die Gruppen der Braunaugigen und der Blauaugigen eingeteilt. Die Braunaugigen bekommen in der Regel einen Kragen Blauaugigen bekommen in der Regel einen Kragen umgelegt, damit sie erkennbar sind. Dann werden sie

ohne Erklärung in einen engen Raum geführt, der mit einer unzureichenden Anzahl von Stühlen ausgestattet ist, und müssen dort warten.

Währenddessen werden die Braunaugigen vorbereitet. Ihnen wird erzählt, dass sie höherwertig seien als die Blauaugigen. Später werden die Blauaugigen in den Raum zu den Braunaugigen geführt. Auch dort gibt es in der Regel zu wenige Stühle für sie, auf freie Stühle bei den Braunaugigen dürfen sie sich nicht setzen und müssen daher zzt. stehend ausharren. Die Blauaugigen erfahren dann während des Trainings weitere Diskriminierungen, die Braunaugigen werden respektvoll behandelt. Das Experiment zieht sich z.T. über Stunden hin. Häufig müssen beide Gruppen in einem Test Aufgaben lösen. Im Originalsetting von Jane Elliott wird den Braunaugigen vorher ein Teil der Antworten verraten, so dass hier keine Chancengleichheit herrscht. Später wird das Setting aufgelöst und die Erfahrung reflektiert.

In den Fernsehexperimenten wird zusätzlich eine Metzebene eingeführt: Zwei „Expert_innen“ beobachten das Training, ihre Kommentare und Analysen werden im Laufe der Sendung eingelesen.

Das Format „Der Rassist in uns“ wurde bereits in anderen Ländern in ähnlicher Form durchgeführt: 2009 in Großbritannien „The Event: How racist are you?“, 2013 NKN in den Niederlanden „Het racist are you?“, 2013 ZDFneo in Deutschland „Der Rassist in uns“. Beide Sendungen sind mit Blick auf das bevorstehende Experiment von ZDFneo sehr aufschlussreich. In Großbritannien wurde

Der autoritäre Charakter

Das ZDF-Projekt „Der Rassist in uns“
widerspricht einer emanzipatorischen
Bildungsarbeit

Impressum newsletter # 40

Herausgeber:
Miteinander – Netzwerk für
Demokratie und Weltoffenheit
in Sachsen-Anhalt e. V.

Redaktion:
Pascal Begrich (V.i.S.d.P.)
Michael Barthel
Martin Beck

Autor_innen
Till Baumann
Martin Burgdorf (mab)
Jan Burghardt
Tilo Giesbers
Heike Kleffner
Kathrin Lau (kl)
Birgit Mair
Ricarda Milke (rm)

Auflage 600

Am 10. Juli 2014 zeigte ZDFneo die Dokumentation „Der Rassist in uns“. 39 Freiwillige nahmen an einem vierstündigen Antirassismus-Training teil. Das „Blue-Eyed-Training“ lässt die Teilnehmenden am eigenen Leib erfahren, was Diskriminierung bedeutet. Wissenschaftler_innen verfolgen und kommentieren das Experiment, das mit einer Diskussions- und Reflexionsrunde der Freiwilligen abschließt. Macht das Experiment wirklich deutlich, wie Rassismus funktioniert? Hilft es, Rassismus zu bekämpfen und zurückzudrängen? Wir finden Nein und haben dies mit einem „Impuls aus aktuellem Anlass“ begründet.

Der Impuls kann als kostenloses PDF von unserer News-Seite im Internet (Beitrag vom 8. Juli 2014) heruntergeladen werden. Gern senden wir Ihnen den Text auf Wunsch auch per Mail zu.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.